

Arbeitskreis Berliner Senioren

Werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass

1. die Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen beim nächsten Wahltermin 2016 mit den allgemeinen Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen organisatorisch zusammengelegt werden oder die Seniorenwahlen zu einem anderen Zeitpunkt im gleichen Umfang wie die allgemeinen Wahlen durchgeführt werden?

Die SPD fördert und unterstützt die politische und soziale Teilhabe älterer Menschen in der Gesellschaft. 2011 wurde das Seniorenmitwirkungsgesetz auf unsere Initiative weiterentwickelt. Ziel war es, die Mitwirkungsmöglichkeiten und die Wahlbeteiligung der Seniorinnen und Senioren zu verbessern. Die Wahlberechtigten können nun die Vorschlagslisten für die Seniorenvertretungen an mehreren Wahlorten und innerhalb einer Woche an verschiedenen Tagen in ihrem Bezirk bestimmen. Das Rederecht der Seniorenvertreterinnen und -vertreter in den Bezirksverordnetenversammlungen bleibt nicht auf die Altenhilfeplanung beschränkt sondern wird auf alle seniorenpolitisch bedeutsamen Belange ausgeweitet. Wir wollen die Mitbestimmung von älteren Menschen künftig weiter verbessern, etwa durch die frühzeitige Beteiligung an der Erarbeitung von Gesetzen, Berichten und Konzepten. Die bezirklichen Seniorenvertretungen sollen Antrags- und Auskunftsrecht in den Bezirksverordnetenversammlungen und Bezirksämtern erhalten. Gegen die Zusammenlegung der Wahl zu den bezirklichen Seniorenvertretungen mit den allgemeinen Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen bestehen verfassungsrechtliche Bedenken. Das jetzige Vorschlags- und Berufungsverfahren stellt aus unserer Sicht eine hinreichende demokratische Legitimation sicher.

2. die ärztliche Versorgung der in Pflegeheimen wohnenden Menschen nach dem »Berliner Projekt« (angestellte Ärzte) weiterhin bestehen bleibt und berlinweit ausgedehnt wird?

Berlinerinnen und Berliner sollen auf eine qualitativ hochwertige daseinsorientierte Infrastruktur, Versorgung und Betreuung vertrauen können. Vor allem Kranke, Ältere und Pflegebedürftige brauchen eine bedarfsgerechte Versorgung vor Ort. Die SPD unterstützt das Berliner Modell, bei dem angestellte oder durch Kooperationsverträge verpflichtete niedergelassene Ärzte die Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen übernehmen. Wir werden uns für eine Fortsetzung und Verbreiterung des Modells entsprechend der Vorverträge zu „Pflege mit dem Plus“ einsetzen. Hausärztinnen und Hausärzte sollten sich auf dem Gebiet der Geriatrie weiter qualifizieren. Wir wollen ein Unterstützungssystem organisieren für Menschen, die das selbstständige Leben z.B. nach einem Krankenhausaufenthalt wieder trainieren wollen.

3. das Seniorenticket des Verkehrsverbundes VBB in Bezug auf Übertragbarkeit, Preisgestaltung und monatlichen Erwerb weiter verbessert wird?

Die SPD arbeitet dafür, bezahlbare Zugänge für alle zur Daseinsvorsorge wie Mobilität, Wohnen, oder Bildung sicherzustellen. Das Seniorenticket des VBB leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung guter und bezahlbarer Mobilität. Die SPD setzt sich bei den Verkehrsbetrieben dafür ein, das Seniorenticket so verbraucherfreundlich und günstig wie möglich anzubieten. Seniorinnen und Senioren, die Grundsicherung im Alter beziehen, können bereits jetzt das billigere Sozialticket nutzen.

4. die langen Wartezeiten in Behörden und die Bearbeitungsdauer der Bescheide verkürzt werden?

In den kommenden Jahren will die SPD qualitative Verbesserungen der Verwaltungsarbeit erreichen. Unsere Verwaltungsmodernisierung wird die Serviceorientierung des Öffentlichen Dienstes nochmals deutlich erhöhen. Für Bürgerinnen und Bürger soll durch einheitliche Anlaufstellen, feste Ansprechpartner und den Ausbau der Bürgerämter die Zusammenarbeit mit Ämtern und Behörden erleichtert werden.

5. die allgemeine Sicherheit im öffentlichen Bereich einschließlich der öffentlichen Verkehrsmittel verbessert wird?

Sicherheit zu gewährleisten ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine zentrale staatliche Aufgabe. Wir werden weiter konsequent gegen Kriminalität und deren Ursachen vorgehen. Dabei sind Prävention und vorbeugende Verbrechensbekämpfung von herausragender Bedeutung. Wir wollen Straftaten dadurch verhindern, dass möglichst frühzeitig kriminelle Strukturen aufgedeckt werden.

Dabei werden wir die nötige Balance zwischen notwendigen Eingriffen des Staates und dem Schutz der Freiheitsrechte wahren. Wir lehnen deshalb die von konservativer Seite geforderte Ausweitung von Polizeibefugnissen ebenso ab wie eine Vermischung von Befugnissen der Polizei und des Verfassungsschutzes oder den Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Um vorbeugend, aber auch strafverfolgend erfolgreich zu sein, werden wir für eine angemessene und moderne Polizeiausstattung sorgen. Einen Stellenabbau bei der Polizei lehnen wir ab. Die Berliner Polizei hat sich zu einer modernen Großstadtpolizei entwickelt. So ist die Kriminalitätsbelastung in den vergangenen Jahren weiter gesunken.

In den kommenden Jahren wird sie diesen erfolgreichen Weg weitergehen und in einigen Feldern, etwa der Sicherheit im ÖPNV, verstärkt agieren. Der Senat sorgt mit einem neuen Sicherheitskonzept für mehr Sicherheit auf Berlins U-Bahnhöfen. Zusätzliche Polizisten und BVG-Mitarbeiter werden auf Streife gehen, die Videoüberwachung wird verbessert, potenzielle Gewalttäter können aus der Leitzentrale heraus direkt über Lautsprecher angesprochen werden. 30 Mio Euro kostet die Umsetzung, eine Fahrpreiserhöhung wird es deshalb nicht geben. Insgesamt werden 200 Polizisten neu eingestellt, um die Sicherheit in der U-Bahn zu gewährleisten. Noch einmal so viele Mitarbeiter stellt die BVG ein. Damit wird auch die Präsenz in der Leitstelle verstärkt, die die Bilder der rund 1150 Videokameras auf den Bahnhöfen überwacht. In der Zentrale wird es künftig einen direkten Ansprechpartner der Polizei geben.

6. die Betriebskosten in erträglichen Grenzen bleiben und das Angebot an altersgerechten Wohnungen zu bezahlbaren Mieten verbessert wird?

Die SPD steht für eine soziale Wohnungspolitik. Dafür haben wir eine Reihe von politischen Initiativen in unserem Wahlprogramm festgeschrieben bzw. bereits auf den Weg gebracht. Die entscheidenden gesetzlichen Regelungen zur Steuerung der Miethöhen werden auf Bundesebene gesetzt. Deshalb hat der SPD-geführte Senat eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Mietrechts auf den Weg gebracht. Um den Mietauftrieb zu verlangsamen, soll es Vermietern zukünftig nur noch erlaubt sein, die Miete innerhalb von vier Jahren um 15 Prozent zu erhöhen. Bislang gilt eine Erhöhungsgrenze von 20 Prozent innerhalb von drei Jahren. Auch Mieterhöhungen bei Modernisierungen sollen von 11 Prozent der Modernisierungsaufwendungen auf 9 Prozent gesenkt werden. Künftig soll gegebenenfalls für Teilgebiete der Stadt eine angespannte Lage des Wohnungsmarkts festgestellt werden können. Denn wenn in sehr stark nachgefragten Wohnlagen die Mieten bei Neuverträgen unverhältnismäßig steigen, beeinflusst das sonst längerfristig auch die ortsübliche Vergleichsmiete für die gesamte Stadt.

Wichtigstes mietenpolitisches Steuerungsmittel auf der Ebene des Landes sind die öffentlichen Wohnungsunternehmen. Die SPD bekennt sich zu deren Gemeinwohlauftrag. Eine Privatisierung des öffentlichen Wohnungsbestandes lehnen wir ab. Dieser Bestand soll auf 300.000 Wohnungen erhöht werden. Die SPD will weiterhin die öffentlichen Wohnungsgesellschaften für eine aktive Mietpreis begrenzende Politik einsetzen. Dafür werden Zielvereinbarungen mit den Unternehmen abgeschlossen. Um den Anstieg der Vergleichsmieten im Mietspiegel zu dämpfen, sind die städtischen Gesellschaften dazu verpflichtet, auch bei Neuvermietungen die Wohnungsmiete auf den Vergleichswert des Mietspiegels zu begrenzen.

Auch die Mietensituation in den Sozialbauwohnungen gibt Anlass zur Sorge. Schon heute haben rund 37 Prozent der Sozialmietwohnungen in Berlin eine höhere Miete als vergleichbarer Wohnraum nach dem Mietspiegel. Deshalb hat der Senat eine Gesetzesinitiative für ein Wohnraumgesetz gestartet, die das Abgeordnetenhaus am 23.6.2011 beschlossen hat. Für Sozialwohnungen soll in den betroffenen Teilbereichen der Stadt das Kostenmietrecht in das Vergleichsmietensystem mit zusätzlichen Abschlägen von der Miete überführt werden. Wir prüfen auch die Wiedereinführung der Zweckentfremdungsverbotsverordnung, um die Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen einzudämmen. Der Senat hat bereits eine Regelung beschlossen, die Mieterinnen und Mieter bei der Umwandlung ihrer Mietwohnung in eine Eigentumswohnung verlängerten Kündigungsschutz sichert.

Öffentliches Eigentum dient dazu, bezahlbare Zugänge für alle zu Wohnen und Wasser, Abwasser und Entsorgung sicherzustellen. In diesem Sinne bekennt sich die Sozialdemokratie zum öffentlichen Eigentum an den Unternehmen der Daseinsvorsorge. Wir werden die öffentliche Daseinsvorsorge wieder vermehrt in öffentliche Hände legen. Das Gemeinwohl muss jederzeit über privatem Gewinnstreben stehen. Wichtige Schritte dabei sind der Rückkauf der privatisierten Anteile der Berliner Wasserbetriebe, der Ausbau der kommunalen Wohnungsbestände, die Rekommunalisierung der Gas und -Stromnetze.

Darüber hinaus müssen wir den Ausbau von Mehrgenerationenhäusern und betreutem Wohnen vorantreiben.

7. die ärztliche Versorgung in Wohnortnähe verbessert wird und die Standorte für Fachärzte berlinweit sorgfältiger entsprechend der Bevölkerungsdichte verteilt werden?

Wir müssen den Ausbau der wohnortnahen ärztlichen Versorgung vorantreiben. Die SPD tritt für eine kleinteiligere Bedarfsplanung in Berlin ein. Dazu müssen jedoch erst die bundesrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. In den Verhandlungen mit der Bundesregierung über das in Aussicht gestellte Versorgungsgesetz werden wir das Interesse der Berlinerinnen und Berliner an wohnortnaher ärztlicher Versorgung deutlich vertreten. Wir sehen die Notwendigkeit einer größeren Zahl geriatrischer Fachärzte in der Stadt. Die SPD will darüber hinaus den Patientenschutz ausbauen. Wir werden die Kompetenzen der Patientenbeauftragten erhöhen und die Vorschläge der Beratungsstellen sowie Patientensprecherinnen und Patientensprecher umsetzen, um das Berliner Gesundheitswesen patientenfreundlicher zu gestalten.

8. die Kontrolle der Hygiene in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Gaststätten und öffentlichen Küchen verbessert wird?

Die SPD betreibt eine konsequente Verbraucherpolitik, deren Leitlinien Schutz und Aktivierung sind. Berlin ist im bundesweiten Verbraucherindex, der jährlich die Verbraucherpolitik der Länder vergleicht, in den letzten Jahren weit nach vorn gerückt. Wir haben in den letzten Jahren bereits die Grundlagen dafür gelegt, dass es Verbraucherinnen und Verbrauchern in Berlin gut geht. Dort, wo es nötig ist, greifen wir ein und sichern den Verbraucherschutz mit klaren Regeln und Gesetzen. Bereits zum dritten Mal gibt es den Verbrauchermonitor. Auch künftig wollen wir systematisch erheben, wo es Probleme gibt und was Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten. Durch das Smiley-System bei Gaststätten sehen Verbraucherinnen und Verbraucher zukünftig in ganz Berlin, welche Gaststätten besonders gut oder aber besonders schlecht sind.

Verbraucherschutz wird auf Bezirksebene umgesetzt. Noch immer stehen das Eingreifen und die Sanktion im Mittelpunkt des Handels der Lebensmittelaufsicht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Prävention und Aufklärung stärker im Mittelpunkt stehen, und werden diesen Bereich der Ordnungsämter zu bezirklichen Anlaufstellen für Verbraucherschutz entwickeln. Das Wohnteilhabegesetz mit den dazu gehörigen Rechtsverordnungen sichert den Verbraucherschutz in besonderem Maße für die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und betreuten Wohngemeinschaften.

9. Initiativen von den politisch Verantwortlichen gegen die Zunahme der Altersarmut in Berlin erarbeitet werden?

Die SPD stellt sich dem Kampf gegen Armut offensiv. Der beste Weg, um Altersarmut zu vermeiden, ist gute Arbeit mit fairen Löhnen. Menschen, die langjährig in Vollzeit gearbeitet haben, sollen auch eine armutsfeste Rente bekommen. Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb für den Umbau des sozialen Sicherungssystems ein. Wir arbeiten am Modell einer Bürgersozialversicherung: So gestalten wir einen Sozialstaat, der alle Bürgerinnen und Bürger im Krankheitsfall absichert und die Altersversorgung sicherstellt. Wir wollen Mindestlöhne und eine Sockelrente, die deutlich über der heutigen Grundsicherung liegt. Das Risiko von Altersarmut soll durch veränderte rentenrechtliche Bewertungen von Zeiten der Lang-

zeitarbeitslosigkeit und der Niedriglohn-Beschäftigung bekämpft werden. Wir fordern die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, die auch Selbständige absichert.

In Berlin verbessern wir die Rahmenbedingungen für alle, die von Armut bedroht sind. Wir entwickeln das Ausschreibungs- und Vergabegesetz weiter, um durch den öffentlichen Sektor gute Arbeit fester zu verankern. Bundesweit fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode das Berliner Vergabegesetz entsprechend anpassen. Auch künftig wird der zweite Arbeitsmarkt eine feste Säule der Qualifizierungspolitik sein. Gemeinwohlorientierte Arbeit bauen wir weiter aus. Wir wollen sie zielgenauer ausrichten und den Anteil an Qualifizierung erhöhen, damit die aktive Arbeitsmarktpolitik Brücken zum ersten Arbeitsmarkt baut.

Wir finanzieren vielfältige Projekte, die den sozialen Zusammenhalt stärken und gesellschaftliche Teilhabe sichern, wie Stadtteilzentren, Selbsthilfeprojekte, Schuldnerberatungsstellen, Quartiersmanagement. Damit mehr Bürgerinnen und Bürger die Angebote der Stadt nutzen können, gibt es den berlinpass. Mit dem Pass bekommen alle, die Grundsicherung, Sozialhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, vergünstigten Eintritt bei Sport, Kultur und Freizeit. Ein zentrales Feld der Armutsbekämpfung ist das der Bildungspolitik. Damit Bildung und sozialer Aufstieg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, hat die SPD große Bildungsreformen durchgeführt: Die Hauptschule wurde abgeschafft, die Sekundarschule eingeführt. Mit der Kitareform haben wir die Kitas zu Bildungseinrichtungen weiterentwickelt.

10. Ausbildung und Studium der Ärzte und des Pflegepersonals sich intensiver mit der Behandlung von Alterskrankheiten und älteren Kranken befassen?

Berlinerinnen und Berliner sollen sich auf eine qualitativ hochwertige Versorgung und Betreuung verlassen können. Um ein qualitativ hochwertiges Angebot sicherzustellen, bedarf es gut ausgebildeter Fachkräfte. Daher werden wir uns dafür einsetzen, die Ausbildung und Weiterbildung derjenigen zu verbessern, die professionell Dienst am Menschen leisten. Die SPD wird die Angebote speziell für ältere und chronisch kranke Menschen verbessern. Im Pflegebereich, in der Geriatrie und in der Palliativversorgung brauchen die Einrichtungen mehr Personal. Wir wollen die Altersforschung an den Berliner Hochschulen ausbauen und werden uns für einen Lehrstuhl im Bereich der Gerontologie/ Geriatrie einsetzen. Geriatriische Zentren sollen weiter ausgebaut werden.

11. die Regelungen für den Übergang von Patienten aus der stationären Krankenhausbehandlung in eine Heimunterbringung entsprechend der zwischenzeitlichen Entwicklung neu zu gestalten sind?

Wir wollen bestehende Lücken im Versorgungsmanagement schließen. Wir werden die Pflegestützpunkte mit integrierter Pflegeberatung ausbauen und insbesondere die geriatrische Rehabilitation in mobiler und ambulanter Form fördern. Wir wollen den Betroffenen bei momentanem Pflegebedarf die Entscheidungsfreiheit lassen, sich für ein Pflegeheim oder das selbständige Leben zu Hause zu entscheiden. Die notwendige Unterstützung wollen wir organisieren. Die Pflegeheime stehen vor der Aufgabe, ihr Angebot hochwertiger Betreuung in der letzten Lebensphase zu verstärken.